

Vorlage Nr.: **2020/1246**

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **OA**

## Durchführung des Projekts „Erprobung einer innovativen Sicherheitstechnik am Europaplatz“

### Beratungsfolge dieser Vorlage

| Gremium        | Termin     | TOP | ö | nö | Ergebnis                        |
|----------------|------------|-----|---|----|---------------------------------|
| Hauptausschuss | 04.05.2021 | 7   |   | x  | vorberaten                      |
| Gemeinderat    | 18.05.2021 | 8   | x |    | Bei Stimmengleichheit abgelehnt |
|                |            |     |   |    |                                 |

### Beschlussantrag (Kurzfassung)

Der Gemeinderat und der Hauptausschuss nehmen den dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis. Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der Erprobung einer innovativen Sicherheitstechnik am Europaplatz im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojektes zu.

| Finanzielle Auswirkungen                         | Gesamtkosten der Maßnahme | Einzahlungen   Erträge (Zuschüsse und Ähnliches) | Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen) |
|--|---------------------------|--|---|
| Ja      Nein <input checked="" type="checkbox"/> |                           |  |   |

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja

Nein  Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

Umschichtungen innerhalb des Dezernates

Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer ~~Finanzierung~~ **Finanzierung** in den Folgejahren zu.

|  |  |  |                                  |                                      |
|--|--|--|----------------------------------|--------------------------------------|
| CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz<br>Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen) | Nein <input type="checkbox"/>            | Ja <input type="checkbox"/>            | positiv <input type="checkbox"/> | geringfügig <input type="checkbox"/> |
|  |  |  | negativ <input type="checkbox"/> | erheblich <input type="checkbox"/>   |
| IQ-relevant  | Nein <input type="checkbox"/>            | Ja <input checked="" type="checkbox"/> | Korridor Thema: Innenstadt       |                                      |
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)  | Nein <input checked="" type="checkbox"/> | Ja <input type="checkbox"/>            | durchgeführt am                  |                                      |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften  | Nein <input type="checkbox"/>            | Ja <input checked="" type="checkbox"/> | abgestimmt mit Stadtwerke, KVV   |                                      |

## **Ergänzende Erläuterungen**

Seit vielen Jahren steht der Europaplatz in Karlsruhe im Fokus von Polizei und Stadtverwaltung. In der Vergangenheit wurde er als Zentrum des sogenannten „Bermuda-Dreiecks“ zwischen Amalienstraße und Passagehof bezeichnet. Mit Beginn der umfangreichen Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Kombilösung wurde der Europaplatz als Treffpunkt unattraktiv und die Gesamtsituation unauffällig. Nach Ende der oberirdischen Bautätigkeiten wurde der Europaplatz erneut zu einem innerstädtischen Einsatzschwerpunkt für die Ordnungskräfte.

Die Gründe hierfür sind vielfältig und seit Langem bekannt. Der Europaplatz wird von unterschiedlichen Nutzergruppen mit unterschiedlichen Interessen genutzt, wodurch Konflikte begünstigt werden. Hinzu kommt eine große Bandbreite an Ordnungsstörungen.

Auch die Sicherheitsumfrage 2018 bestätigte, dass der Europaplatz wieder als „Angstraum“ von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Von Bürgerinnen und Bürgern wird immer wieder der Wunsch nach einer Überwachungstechnik am Europaplatz geäußert – auch bei der im Zusammenhang mit der Durchführung des Sicherheitsaudits in der Innenstadt durchgeführten Bürgerbeteiligung. Der Gemeinderat hat sich bereits mit diesem Thema auseinandergesetzt, zuletzt wurde es in der Sitzung des Hauptausschusses vom 13. Oktober 2020 diskutiert. Die polizeirechtlichen Voraussetzungen für eine polizeiliche Videoüberwachung – etwa nach dem Mannheimer Modell - waren und sind auch heute am Europaplatz aber nicht erfüllt.

Im Zusammenhang mit der Fragestellung, wie die erlebte subjektive und auch die objektive Sicherheit am Europaplatz verbessert werden kann und welche innovativen Möglichkeiten, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von künstlicher Intelligenz, bestehen, wurde die Stadtverwaltung auf das Produkt SAVAS DS+ der EnBW aufmerksam. Das Ordnungs- und Bürgeramt ist daraufhin auf die EnBW zugegangen und hat diese grundsätzlich als Kooperationspartner für die Erprobung dieser neuen Sicherheitstechnik am Europaplatz gewinnen können.

Das für den Einsatz im Rahmen eines Pilotprojektes am Europaplatz geplante System ist kein Videosystem im klassischen Sinn. Es wird keine übliche Videotechnik verbaut, sondern eine Technik, bestehend aus optischen Sensoren und weiteren Komponenten. Das EnBW-Verfahren SAVAS DS+ ist so konzipiert, dass juristisch betrachtet von Beginn an kein Erheben von personenbezogenen Daten stattfindet. Zusätzlich werden die erzeugten Daten durch das von der EnBW entwickelte und patentierte Verfahren SAVAS verarbeitet, welches diese Informationen ohne Personenbezug noch einmal in ein anderes Format, eine Art Schattendarstellung, umsetzt.

Im Ergebnis nimmt die beschriebene Technik nicht Daten zur direkten Ahndung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten auf, sondern löst eine Alarmierung der Ordnungskräfte bei auffälligen Situationen aus, stellt also quasi einen „Streifgang aus der Ferne“ dar.

Die Stabsstelle Datenschutz beim Zentralen Juristischen Dienst der Stadt Karlsruhe hat dieses Produkt geprüft und eine Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg herbeigeführt. Es besteht einvernehmlich die Auffassung, dass mit diesem Produkt keine personenbezogenen Daten erhoben werden. Aus diesem Grund hat das Innenministerium Baden-Württemberg seine Zustimmung für die Durchführung eines solchen Projekts bereits erteilt. Durch die Erfassung des Echtbildes mit einer Punktdichte von 16 mm/Pixel und einer anschließenden Verfremdung in Schemen können zu keinem Zeitpunkt Rückschlüsse auf konkrete Personen getroffen werden.

SAVAS DS+ ist als noch junges, stetig hinzulernendes System in der Lage, die erfassten, schemenhaften Darstellungen zu interpretieren und bei bestimmten Ereignissen Schlüsse daraus zu ziehen, die im definierten Bedarfsfall zur Auslösung von Reaktions- beziehungsweise Alarmierungsketten führt. Dies kann

- neben der allein schon aus Erfahrungswerten bekannt präventiven Auswirkung von Videoüberwachungsanlagen - die Anzahl von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten vermindern.

Damit liegen die technischen und rechtlichen Voraussetzungen vor, um einen Einsatz im Rahmen einer Testphase (Reallabor) zu pilotieren. Während der Testphase entsteht für die Stadt Karlsruhe kein finanzieller Aufwand. Damit könnte Stand heute in Karlsruhe durch die Umsetzung der Videomonitoring-Technik die erste komplett datenschutzkonforme Videosensorik im öffentlichen Raum in einer deutschen Großstadt aufgebaut werden. Im Ergebnis dürfte ein bundesweites Leuchtturmprojekt entstehen, das sogar europaweit auch im Rahmen des EFUS (Europäisches Forum für urbane Sicherheit) Beachtung finden dürfte.

In die Umsetzung des Projektvorhabens sollen auch die Stadtwerke Karlsruhe eingebunden werden. Die am 3. September 2020 zwischen der EnBW und den Stadtwerken Karlsruhe unterzeichnete Kooperationsvereinbarung bestätigt eine Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität. Die Stadtwerke Karlsruhe treten in der Außenbeziehung in diesem Zusammenhang als Gesicht der Stadt Karlsruhe auf. Das System SAVAS DS+ würde sich hier entsprechend einordnen lassen und eine Übernahme von Aufgaben durch die Stadtwerke Karlsruhe ermöglichen. Konkrete Abstimmungen sind jedoch noch nicht erfolgt.

Details zur Durchführung des Pilotprojektes sind noch nicht festgelegt. So wurden Fragen wie beispielsweise die Weiterleitung von Alarmmeldungen (insbesondere außerhalb der Dienstzeiten des Kommunalen Ordnungsdienstes) und die Hoheit über die erfassten Daten bislang nur im Ansatz thematisiert. Deren Beantwortung ist noch nicht abschließend erfolgt und soll im Rahmen der Umsetzung des Pilotprojektes erfolgen.

Um weitere Klarheit zu schaffen, befindet sich die Stadtverwaltung bereits im Gespräch mit der EnBW und den Stadtwerken. Zudem sollen gewisse Grundsätze seitens der Stadtverwaltung Voraussetzung für den Vertragsabschluss und die Durchführung des Pilotprojektes sein.

So soll beispielsweise Ziel sein, dass die Datenhoheit zwischen der Stadt Karlsruhe und der EnBW mindestens gleich verteilt ist. Weiterhin müssen die Mitarbeitenden der EnBW, die voraussichtlich die entstandenen Bilder sichten, geschult werden und Vorgaben des Datenschutzes bei der Sichtung eingehalten werden.

Über das geplante Pilotprojekt wurde am 12. März 2021 die IT-Kommission informiert. Die dabei aufgeworfenen Fragen sowie die dazu ergangenen Antworten wurden dokumentiert und sind als Anlage dieser Beschlussvorlage beigefügt.

Mit dem Einsatz des Systems erwartet sich die Stadtverwaltung eine deutliche Verbesserung der Situation am Europaplatz durch eine erwartete Verringerung der Anzahl von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten und damit verbunden auch einen positiven Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden in der Karlsruher Bevölkerung. Gleichzeitig soll aufgezeigt werden, dass bereits heute eine innovative Überwachungstechnik durch den Einsatz künstlicher Intelligenz existiert und damit letztendlich eine besondere Form der Videoüberwachung vorliegt, die datenschutzkonform erfolgen kann und nicht, wie in anderen Städten, durch eine KlARBildüberwachung.

Es wird eine lediglich geringfügige Auswirkung auf den Klimaschutz erwartet. Genaue Energieverbräuche werden im Rahmen des Pilotprojektes evaluiert.

Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme der Informationen und um Zustimmung des Gemeinderates zu einem dreijährigen Pilotversuch. Der Gemeinderat wird über die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt und die Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsempfinden auf dem Europaplatz jährlich unterrichtet.

**Beschluss:**

Antrag an den Hauptausschuss und den Gemeinderat:

Der Gemeinderat und der Hauptausschuss nehmen den dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis. Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der Erprobung einer innovativen Sicherheitstechnik am Europaplatz im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojektes zu.